

Michaela Koller-Seizmair

Die Interessen und Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit in Südtirol

1. Einführung

Anhand des Beispiels Südtirol wird im vorliegenden Aufsatz ein Ausschnitt aus der Westpolitik der DDR sowie die Rolle ihrer auslandsgeheimdienstlichen Aktivitäten im politischen System beleuchtet. Zudem wird aufgezeigt, welcher Methoden sich das Ministerium für Staatssicherheit bediente, um außenpolitische Maßnahmen zu begleiten. In der Geschichte Südtirols gab es zwei heiße Phasen, in dem das Land südlich des Brenners von demonstrativen Attentaten und blutigen Anschlägen erschüttert wurde, zwei Phasen, die sich für die Einmischung ausländischer Geheimdienste, und überhaupt für nachrichtendienstliche Aktivitäten besonders eigneten. Das waren die sechziger gleichermaßen wie die achtziger Jahre. In diesem Fall gab es aber keine Guerilla, die die DDR zu einem Stellvertreterkrieg anheizen konnte. So stellt sich die Frage, was der Geheimdienst eines selbsterklärten antifaschistischen Staates nur mit neonazistischen Terroristen teilte, die in den achtziger Jahren hinter den grausamen Anschlägen südlich des Brenners steckten. Die Antwort liegt nahe: Es handelte sich um eine rein strategisch begründete Kontaktaufnahme. Die vorliegende Analyse wird zeigen: Weder die Südtiroler noch die Italiener waren die eigentlichen Adressaten der Einmischung. Es steckte eine Strategie hinter den Maßnahmen, die letztlich auf die internationale Stärkung der DDR auf Kosten der Bundesrepublik abzielte. Um aufzuzeigen, wie es überhaupt zu den heißen Phasen in Südtirol kam, die Ost-Berlin für sich zu nutzen versuchte, sei zunächst ein historischer Rückblick auf das Land zwischen Brenner und Salurner Klause erlaubt.

2. Die Politische Situation des geteilten Tirols von 1919 bis 1989

Wie zahlreiche Konflikte Europas, wurzelte auch das Südtirolproblem letztlich in einem Pariser Vorortfriedensvertrag von 1919, in diesem Fall des von Saint Germain, in dem das Gebiet Italien zuerkannt wurde. Es folgte recht bald eine Italienisierungspolitik, der das sogenannte 32-Punkte-Programm des Senators auf Lebenszeit, Ettore Tolomei, zugrunde lag. Derselbe Tolomei hatte schon die italienische Friedensdelegation in Paris beraten. Am 22. Juni 1939 schlossen Hitler und Mussolini dann das Abkommen zur Umsiedlung der Südtiroler in das Deutsche Reich, die diese vor die Wahl zwischen Abschiebung aus der Heimat oder Zwangsassimilation im faschistischen Italien stellten. Südtirol stand dann von September 1943 bis Mai 1945 de facto unter der Zivilverwaltung des nationalsozialistischen Deutschen Rei-

ches im Rahmen der Operationszone Alpenvorland. Nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich, im Jahr 1946, sollte das in Paris unterzeichnete österreichisch-italienische Gruber-De Gasperi-Abkommen eine Lösung der Südtirolfrage bringen.¹

Die darin zugesicherte Autonomie setzte Italien faktisch nicht um. Die römische Regierung baute Industrieanlagen und Sozialwohnungen im bäuerlichen Südtirol.² Südtirolische Arbeiter sollten davon profitieren. Massen von ihnen kamen und ließen sich für immer nieder. In den fünfziger Jahren fürchteten die Südtiroler schon wieder, zur Minderheit im eigenen Land zu werden. Junge Einheimische bekamen keine Anstellung. Die Landeshauptstadt Bozen wurde in der Zeit mehrheitlich italienisch. So spitzte sich die Situation zu. Nach der Zeit des Faschismus regte sich nun erneut Widerstand unter den Südtirolern. Zunächst waren es nur Parolen, an Häuserwände geschrieben. In den Jahren 1956 und 1957 verübte die sogenannte Stieler-Gruppe erste kleine Anschläge mit geringem Sachschaden. In der Nacht zum 30. Januar 1961 in Waidbruck im Südtiroler Eisacktal sprengten ein paar Tiroler, die sich zum Befreiungsausschuss Südtirol (BAS) zusammen geschlossen hatten, ein Denkmal des Duce Benito Mussolini aus Aluminium. Die Hinterlassenschaft aus der Zeit des italienischen Faschismus war für die Südtiroler eine Provokation. Sie wurden ständig an die Zeit nach dem Hitler-Mussolini-Abkommen von 1939 erinnert. Der BAS operierte im Untergrund in rund 30 kleinen Zellen. Initiiert wurde die Gruppe in Südtirol von Sepp Kerschbaumer und weiteren Gefährten. Diese Männer waren vorwiegend bäuerlich, traditionell katholisch geprägt. Von Nordtirol aus unterstützten sie Künstler und Intellektuelle, einige davon einst im Widerstand gegen Hitler. In einem waren sie sich auf beiden Seiten des Brenners einig: Die italienische Staatsmacht sollte aufschrecken und die Weltöffentlichkeit endlich auf die Menschenrechtsverletzungen blicken. Kein Blut sollte dabei fließen. Über den Weg gab es aber Debatten: Die Südtiroler Gruppe um Sepp Kerschbaumer wollte die Staatsmacht mit einzelnen Anschlägen, wie Nadelstiche, zermürben. Die Nordtiroler hielten mehr vom großen Schlag.³ BAS-Mitglied Georg Klotz aus Walten im Südtiroler Passeiertal hatte an einen regelrechten Guerillakampf gedacht und hielt daher engeren Kontakt zu den Nordtirolern. Um die Sicherheitskräfte des italienischen Staates zu erschrecken und bloßzustellen, überfiel er Carabinieri und schoss absichtlich über ihre Köpfe hinweg.⁴

Die anderen Südtiroler holten in der sogenannten Feuernacht, die Nacht zum 12. Juni 1961, doch noch zum großen Schlag aus, als sie Dutzende Strommasten sprengten. Zum militärischen Untergrundkampf, wie sich ihn Klotz dachte, kam es nie. Nur wenige Wochen nach den Anschlägen reagierte der italienische Staat: Die Polizei nahm bis Ende Juli 1961 fast 80 Südtiroler fest, bis Ende September stieg die Zahl der Festnahmen auf fast 140.⁵ Unter brutaler Folter wurden sie verhört. Der

1 Rolf Steininger, *Südtirol im 20. Jahrhundert*, Innsbruck 1997, S. 13-385.

2 Sepp Mitterhofer, »Warum wir nicht zusehen konnten« in: ders., / Günther Obwegs (Hg.), *Es blieb kein anderer Weg*, Bozen 2000, S. 35ff.

3 Eva Klotz, *Georg Klotz. Freiheitskämpfer für die Einheit Tirols*, Wien 2002, S. 73.

4 Klotz, Georg Klotz. *Freiheitskämpfer für die Einheit Tirols*, aaO. (FN 3), S. 106ff.

5 Luis Gutmann, »Die Cura Speciale« in: Mitterhofer u.a. (Hg.), *Es blieb kein anderer Weg*, aaO. (FN 2), S. 65ff.

Befreiungsausschuss zerfiel. Georg Klotz flüchtete nach Österreich. Aber weiterhin explodierten Bomben. Neue Attentäter kamen hinzu. Echte Rechtsradikale, wie der Gründer der Nationaldemokratischen Partei Österreichs, Norbert Burger, aber auch undurchsichtige Scharfmacher. Inzwischen floss Blut in Südtirol und Italien, Mörder mischten sich unter die Bombenleger. Eine Kofferbombe riss am 20. Oktober 1962 den Bahnarbeiter Gaspare Erzen in Verona in den Tod, zudem wurden weitere Menschen verletzt. Ein zweiter Koffer explodierte am Bahnhof von Trient. Prompt distanzierte sich der Befreiungsausschuss für Südtirol von den grausamen Akten. Auch die Rechten bekannten sich nicht dazu. Ehemalige Südtirolaktivisten rechnen das mysteriöse Attentat einem östlichen Geheimdienst zu.⁶

Diese erste Phase der Spannung hielt bis zum österreichisch-italienischen Abkommen von Kopenhagen im Jahr 1969 an. Darin wurde ein Operationskalender und ein Maßnahmenpaket zur Verwirklichung einer Autonomie für Südtirol, das sogenannte Südtirolpaket, sowie die Rücknahme eines italienischen Veto gegen die österreichischen Assoziierungsbestrebungen mit der EWG vereinbart. Es dauerte jedoch noch mehr als zwei Jahrzehnte, bis die italienische Seite ihre Zusagen verwirklichte und der Streit beigelegt werden konnte. Zwischenzeitlich, in den Jahren zwischen 1978 und 1982, erschütterten erneut Sprengstoffmorde das Land zwischen Brenner und Salurner Klause. Inzwischen waren zwei italienische Gruppen und eine deutsche Gruppe neu auf den Plan getreten: Movimento Italiano Alto Adige (Mia) und Associazione Protezione Italiani (Api) sowie »Tirol«. In seinem Buch »Bomben aus zweiter Hand« vertritt der Publizist Hans Karl Peterlini die These, dass es eine Verbindung zwischen dem italienischen Südtirol-Terrorismus von Mia und dem italienischen Geheimdienst Gladio gegeben habe. Die Existenz von Gladio wurde erst 1990 öffentlich bekannt, bis dahin entzog sich der Dienst fast vollkommen der öffentlichen Kontrolle. Im Zeitraum zwischen 1986 und 1988 verübte eine Terrorgruppe namens »Ein Tirol« blutige und sogar tödliche Attentate, die von keiner politischen Vereinigung in Südtirol unterstützt wurden. Der Name der Gruppe täuschte, die Bomben in jenen Jahren hatten nur vorgeblich etwas mit Freiheitskampf zu tun. Nachweislich setzte sie sich aus Rechtsradikalen und Kriminellen zusammen. Darüber hinaus erreichten ihre Attentate genau das Gegenteil von dem angeblich erstrebten Ziel der Freiheit für Südtirol: So wurde etwa die postfaschistische Partei MSI in Südtirol in dieser Zeit der Terrorakte dreimal stärker. Inzwischen wird die Gruppe »Ein Tirol« sogar als von italienischen Geheimdienstkreisen ferngelenkt angesehen, möglicherweise mit dem Ziel, die vollständige Umsetzung des Autonomiestatuts zu behindern.⁷ Der Einsatz für die Selbstbestimmung geriet nun endgültig in Verruf.

6 Erhard Hartung, »Südtiroler Freiheitskampf – als Österreicher im Dienst der Sache« in: Mitterhofer u.a. (Hg.), *Es blieb kein anderer Weg*, aaO. (FN 2), S. 289.

7 Hans Karl Peterlini, »Die Achse am Brenner. Die Rolle der Geheimdienste seit den 70er Jahren, Südtirol zwischen Gladio und Stasi« in: Gerald Steinacher, *Im Schatten der Geheimdienste*, Innsbruck 2003, S. 229ff.

Am 11. Juni 1992 schließlich vollzog Österreich den Abschluss der Südtirolverhandlungen mit der Abgabe der Streitbeilegungserklärung vor den Vereinten Nationen.

In beiden Attentatsphasen, die von ganz unterschiedlicher Ausrichtung, Zielsetzung, Qualität und Effizienz waren und vor gänzlich verschiedenem Hintergrund stattfanden, könnten östliche Geheimdienste aktiv auf verschiedenen Ebenen involviert gewesen sein. Die folgende Untersuchung wird zeigen, dass das Ministerium für Staatssicherheit in den achtziger Jahren nachweislich Mitwisser von Sprengstoffanschlägen war. Für die sechziger Jahre gibt es immerhin Indizien für Einmischungsversuche. Nachgewiesen ist für diesen Zeitraum, dass Ost-Berlin propagandistisch aus dem Gewaltgeschehen Nutzen zog. In den folgenden Abschnitten wird aber zunächst einmal die Rolle des Geheimdienstes im politischen System Ost-Berlins erläutert sowie grundsätzliche Ziele der Außenpolitik aufgezeigt, ohne deren nähere Betrachtung begleitende Maßnahmen der Staatssicherheit nicht zu verstehen sind.

3. Die Aktivitäten im politischen System: Das MfS – Schild und Schwert der Partei – Vollstrecker einer tschekistischen Außenpolitik

Die jeweiligen Minister für Staatssicherheit in der DDR bekannten sich alle zum Primat der Partei im Staat. Der erste Minister jedoch, Wilhelm Zaisser, hatte laut Walter Ulbricht die Parteiarbeit unterschätzt und war gleich nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 entlassen worden. Sein Nachfolger, Ernst Wollweber, bezeichnete die Stasi 1954 auf dem IV. Parteitag der SED als »ein scharfes Schwert..., mit dem unsere Partei den Feind unerbittlich schlägt«. Erich Mielke, der letzte Minister für Staatssicherheit prägte dann auf dem Kampftreffen des MfS zum 35. Jahrestag seiner Gründung 1985 den Satz: »Die Staatssicherheit wird sich jederzeit als zuverlässiger Schild und scharfes Schwert der Partei und der Arbeiter- und Bauern-Macht erweisen«.⁸

In Richtlinien, Dienstanweisungen und Befehlen der Stasi wurde denn auch ausdrücklich auf Parteibeschlüsse Bezug genommen. Der stellvertretende Stasi-Minister Wolfgang Schwanitz sagte noch wenige Wochen vor dem Mauerfall: »Die weitere Stärkung der Kampfkraft der Partei erfordert, dass jeder einzelne Tschekist seinen Kampfposten in und außerhalb des Dienstes bezieht.« Zur näheren Erläuterung: Die Mitarbeiter der Minister begriffen sich selbst als Tschekisten, in Erinnerung an die Vorläuferinstitution der sowjetischen Sicherheitsorgane, der Tscheka. Im folgenden wird von tschekistischer Außen- und Deutschlandpolitik die Rede sein, da auch dieser Bereich der Ost-Berliner Politik von parteihörigem Kampfgeist

8 Karl Wilhelm Fricke, »Schild und Schwert der Partei. Das Ministerium für Staatssicherheit – Herrschaftsinstrument der SED«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, Nr. 21(1992), S. 3-10.
Karl Wilhelm Fricke, »Zur Geschichte der DDR-Staatssicherheit«, in: Bernd Florath, / Armin Mitter, / Stefan Woll (Hg.), *Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft*, Berlin 1992, S. 123-137.

bestimmt war und ihr vor allem die Erkenntnisse des enormen Sicherheitsapparates den Entscheidungen zugrunde lagen. Schon allein die Zahlen belegen die Bedeutung der DDR-Aufklärung: Das Ministerium für Staatssicherheit in Ost-Berlin hatte 91.000 Hauptamtliche und 174.000 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) im Verhältnis zu 17 Millionen Einwohnern der DDR.⁹

Darüber hinaus ist vorauszuschicken, dass die Außenpolitik eng mit der Deutschlandpolitik verknüpft war, beide ineinander griffen, was im übrigen für die Bundesrepublik wie für die DDR gleichermaßen galt. In Westdeutschland war das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz verankert, die jeweiligen Regierungen zogen unterschiedliche Konsequenzen daraus. Bis zum Grundlagenvertrag von 1972 galt es in der Außenpolitik, alles zu unterlassen und zu verhindern, was die Staatlichkeit der DDR stabilisierte.¹⁰ Bis dahin galt die Hallstein-Doktrin¹¹ und die DDR wartete mit Antworten auf die westdeutsche Nichtanerkennungspolitik auf: Walter Ulbricht machte die Anerkennung der vollen Souveränität des jeweils anderen deutschen Staates zur Voraussetzung für diplomatische Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Bonn. Im Februar 1967 erreichte er, dass die Ostblockländer sich verpflichteten, nicht eher mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufzunehmen, bevor die Beziehung zwischen Bonn und Ost-Berlin normalisiert war. DDR-Topjurist Friedrich Kaul formulierte darüber hinaus das Ziel, »allgemeingültig durchzusetzen, dass die DDR allein zur Repräsentanz der deutschen Nation legitimiert ist, da nur die in ihr verwirklichte Ordnung die Überwindung der nazistischen Vergangenheit ermöglicht und einen gleichwie gearteten Rückfall in diese Vergangenheit verhindert.«¹² Die Kaul-Theorie ging damit weiter als die Zwei-Staaten-Theorie von Nikita Chruschtschow, die die Politik der UdSSR seit ihrer Formulierung nach der Genfer Konferenz von 1955 maßgeblich beeinflusste und den oben erwähnten Forderungen Ulbrichts zugrunde lag. Diese besagte schlicht, dass mit der Gründung zweier deutscher Staaten, der BRD und der DDR, zwei selbständige Staaten entstanden seien.

4. Die Interessen und Ziele der DDR in Südtirol - Südtirol als Präzedenzfall Erster Krisenherd Westeuropas

Der Intervention östlicher Geheimdienste in der kritischen Situation Südtirols in den sechziger bis achtziger Jahren lag zunächst einmal die Absicht zugrunde, einen dauerhaften Krisenherd inmitten des Westens zu schüren. Bereits in den 13 Jahren von 1956 bis 1969 sollte Südtirol zur ersten Unruheregion Westeuropas werden.

- 9 Jürgen Aretz, / Wolfgang Stock. *Die vergessenen Opfer der DDR*, Bergisch Gladbach 1997, S. 18.
- 10 Rüdiger Marco Booz, *Hallsteinzeit. Deutsche Außenpolitik 1955-1972*, Bonn 1995, S. 11.
- 11 Booz, *Hallsteinzeit. Deutsche Außenpolitik 1955-1972*, aaO. (FN 10), S. 18: »Diese Auffassung mündet in der Formulierung, „dass die Bundesregierung auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch dritte Staaten, mit denen sie offizielle Beziehungen unterhält, als einen unfreundlichen Akt ansehen würde.“«
- 12 Michael Wolffsohn, *Die Deutschland-Akte. Tatsachen und Legenden*, München 1995, S. 36.

Der bewaffnete Kampf baskischer, nordirischer oder korsischer Separatisten stand noch ebenso wenig auf der politischen Tagesordnung, wie ein ideologisch motivierter Terrorismus, der mehrere westeuropäische Staaten, ob in Form der Roten Brigaden (BR), der Rote-Armee-Fraktion (RAF) oder der Kommunistischen Zellen (CC), erschüttern sollte. Lediglich Frankreich war durch den Algerienkonflikt im Zuge der Entkolonialisierung unmittelbar mit Gewalt konfrontiert worden. Allerdings nicht im Mutterland, sondern am südlichen Rand des Mittelmeeres. Der zypriotische Unabhängigkeitskampf gegen die britische Herrschaft lag geographisch noch weiter entfernt. Südtirol bildete insofern einen Präzedenzfall im freien Europa und vor allem im Einzugsgebiet der NATO. Die Staaten des Warschauer Pakts hatten dagegen bereits die gescheiterten Aufstände in der DDR, Polen und Ungarn erlebt. Jeder Krisenherd destabilisierte nicht nur im Innern, sondern stellte immer auch die Glaubwürdigkeit des Blocks auf dem internationalen Parkett in Frage. Dieser Aspekt spielte vor allem im fortgeschrittenen Kalten Krieg eine Rolle, spätestens mit der Anerkennung des Status quo seit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975.

In dem Alpenland hatte sich erstmals ein Konfliktpotential westlich des Eisernen Vorhanges aufgestaut, das gleich mehrfach politische Implikationen in sich barg: Ein ethnischer Konflikt, verbunden mit der Eigendynamik eines geteilten Landes, die eine separatistische Ausrichtung mit sich brachte und somit eine Territorialfrage im Bereich der NATO aufwarf. Der Südtirolkonflikt entstand zudem genau in einem Grenzgebiet des westlichen Verteidigungsbündnisses. Darüber hinaus hatten die westlichen Alliierten, allen voran die USA, in Italien gerade noch wenige Jahre zuvor unter großen Anstrengungen eine kommunistische Machtübernahme verhindert. In Italien organisierte sich nach 1945 die stärkste und einflussreichste kommunistische Partei Westeuropas. Angesichts dieses Drucks galt es seitens der NATO-Partner territoriale Interessen Italiens zu berücksichtigen, wenn sie nicht potentielle politische Bündnispartner auf der Apenninhalbinsel befremden wollten. Zudem bedeutete ein Verbleib Südtirols bei Italien ein größeres NATO-Territorium zum Gründungszeitpunkt. Angesichts dieser Gesamtsituation war es das Interesse des Ostblocks, den Krisenherd im Land zwischen Brenner und Salurner Klause aufrecht zu erhalten und sogar zu schüren.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die örtlichen Vertreter der katholischen Kirche bereits seit 1955 die Bevölkerung auf die Vorrangigkeit der Abwehr des Kommunismus vor der ethnischen und territorialen Frage einzuschwören versuchten, zu einem Zeitpunkt, als ihr Wort noch Gewicht hatte. Beleg dafür ist einmal der Hirtenbrief von 1955 »Kommunismus ist Werk des Teufels«, der eine härtere Gangart in der Südtirolfrage durch die nachrückende neue Führungsspitze der SVP kritisierte, sowie der Hirtenbrief von 1961 »Kommunismus will Unruheherd schaffen«, der sich gegen den Befreiungsausschuss für Südtirol, d.h. die Südtirol-Attentäter richtete. Sie werden darin bezichtigt, kommunistisch ferngelenkt zu sein.¹³

13 Karl-Heinz Ritschel, *Diplomatie um Südtirol - Politische Hintergründe eines europäischen Versagens*, Stuttgart 1966, S. 386ff.

5. Der Nazismus-Vorwurf als politische Waffe

Das erklärte Ziel der DDR-Außenpolitik war, wie oben dargelegt, den Alleinvertragsanspruch Ost-Berlins durchzusetzen, legitimiert durch das Diktum, nur so könne ein Rückfall zum Nationalsozialismus verhindert werden. So war Außenpolitik der DDR in erster Linie ein Kampf um Anerkennung, der unter anderem auch mit dem Mittel der Diskreditierung geführt wurde. Aufschlussreich ist im Zusammenhang mit den Methoden der tschekistischen DDR-Außenpolitik das Buch »Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte« der ehemaligen Stasi-Mitarbeiter Günter Bohnsack und Herbert Brehmer. Darin wird ausführlich beschrieben, wie das MfS Desinformation als Mittel der Politik einsetzte. Als Beispiel sei an dieser Stelle die Geheimdienstaktion »Nessie« nach dem Sturz des Karamanlis-Regimes in Griechenland angeführt, die in dem Buch geschildert wird: »Es sollte lanciert werden, dass Karamanlis-Sympathisanten versuchten, die politische Instabilität Griechenlands auszunutzen, um eine neue Diktatur zu errichten. Dabei arbeiteten sie mit CSU-Kreisen und BND-Agenten im süddeutschen Raum zusammen.« Der ungarische Geheimdienst, unter Mithilfe der Stasi, sendete dazu fingierte Funksprüche, in denen von angeblichen Umsturzabsichten die Rede war.¹⁴

Die DDR-Staatssicherheit inszenierte zudem gezielt rechtsextremistische Straftaten im Westen. So bewies der Historiker Michael Wolffsohn, dass die wahren Autoren so mancher antisemitischer Hetzbriefe in den sechziger Jahren im Ministerium des Erich Mielke saßen. Auch hinter antisemitischen Flugblattaktionen und Hakenkreuzschmierereien steckte die Stasi.¹⁵

Ost-Berlin unterstützte konsequenterweise im Zusammenhang mit der Südtirolfrage Rechtsextremisten aus dem gesamten deutschsprachigen Raum mit dem Ziel der Stärkung seiner Legitimation als erster antifaschistischer deutscher Staat. Zudem nahm die DDR das Land zwischen Brenner und Salurner Klause als Teil des ehemaligen nationalsozialistischen Einflussbereichs wahr, in dem es aufzuzeigen galt, dass sich nichts geändert habe. Es galt somit, die Bundesrepublik als Nazi-Zentrum international zu diskreditieren, wo man die Spinne im rechten Netzwerk propagandistisch verortete. Der Ost-Berliner Geheimdienst hatte keine Scheu davor, mittels seiner Agenten enge Kontakte zu rechtsextremistischen Vereinigungen, wie zur Wehrsportgruppe Hoffmann zu pflegen. Das MfS konnte dann in Südtirol an rechtsterroristische, kriminelle Zirkel anknüpfen, wie etwa die Gruppe »Ein Tirol« in den achtziger Jahren.

Spätestens seit Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975 spielte der Nazismus-Vorwurf im einzelnen und die Diskreditierung im allgemeinen als politische Waffe eine größere Rolle als die paramilitärischen Destabilisierungsversuche. Der Grund liegt im Zusammenwirken des ersten Kapitels der Schlussakte mit dem sogenannten Korb III. Im ersten Kapitel sicherten sich die Unterzeichnerstaaten den Status quo zu, in Punkten wie Unverletzbarkeit der Gren-

14 Günter Bohnsack, / Herbert Brehmer, *Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte*, Hamburg 1992, S. 227.

15 Wolffsohn, *Die Deutschland-Akte. Tatsachen und Legenden*, aaO. (FN 12), S. 19.

zen, Gleichberechtigung der Völker, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Der Osten erreichte damit ein Sicherheitsbewusstsein und wurde damit auch noch diplomatisch aufgewertet. Korb III behandelte die Beziehungen der Gesellschaften und Individuen der 35 Konferenzteilnehmer in Genf. Darin lag die eigentliche Zentrifugalkraft: In der Folge bezogen sich immer mehr Bürgerrechtler im kommunistischen Machtbereich in ihren innenpolitischen Forderungen auf die internationalen Prinzipien von Helsinki und die Vereinbarungen der Folgekonferenzen. Sie forderten Zusicherungen ein, die ihre jeweilige Regierung auf internationaler Ebene gegeben hatte und in der Folge in ihren Ländern veröffentlichen musste. Über diese Forderungen und die Verfolgung ihrer Verfechter berichteten im Westen Menschenrechtsorganisationen. Ein schwerwiegendes Legitimationsproblem tat sich da für den Osten auf.¹⁶ Diskreditierung wurde in der Folge verstärkt als politisches Mittel zu Bekämpfung der Bürgerrechtler eingesetzt, Fälschungen und Verleumdungen wurden zu Waffen im späten Kalten Krieg, die soweit gingen, Dissidenten geheimdienstlich verübter Gewaltakte zu beschuldigen.¹⁷

Im Fall Südtirols überschneidet sich der falsche Nazi-Vorwurf der DDR mit dem, was die italienische Politik und Öffentlichkeit in den Aktivisten der 60er Jahre größtenteils sahen bzw. sehen wollten und verbreiteten. Das belegen US-Akten, die Siegfried Stuffer zum Thema aufgearbeitet hat. In einem von ihm zitierten Protokoll über ein Gespräch zwischen US-Präsident Dwight D. Eisenhower und dem italienischen Ministerpräsidenten Antonio Segni vom 30. September 1959 ist über die Einlassung des Italieners über Südtirol zu lesen: »Das Gebiet wäre Teil des italienischen Territoriums und die Italiener gäben es nicht auf. Es ist möglich, daß die Aufrührerbewegung von Moskau aus gesteuert worden sei. Auf jeden Fall wären die Leute, die jetzt das größte Geschrei erheben würden, vor zwanzig Jahren Nazis gewesen.«¹⁸

6. »Pangermanismus« als Vorwurf - Parallele Interessen in Ost und West

In Italien hatte sich am 5. Dezember 1963 die erste Mitte-Links-Regierung unter Ministerpräsident Aldo Moro (Democrazia Cristiana, DC) formiert. Da trat die DDR auf den Plan: Bereits Anfang 1964 strebte Ost-Berlin eine Normalisierung der Beziehungen zu Rom an. Die Initiative hing eng mit dem »Neuen Ökonomischen System« zusammen, das zwischen 1962 und 1965 Elemente des wirtschaftlichen Wettbewerbs ebenso wie eine Ausweitung der Exporte in den Westen mit sich brachte. Außenpolitische Offensiven sollten helfen, die Verwirklichung der Außen-

16 Michaela Koller, »Der Einsatz für die Menschenrechte im KSZE-Prozess« in: Lothar Bossle, (Hg.), *Pforten zur Freiheit – Festschrift für Alexander Böker zum 85. Geburtstag*, Paderborn 1997, S. 305-318.

17 Jürgen Wüst, *Menschenrechtsarbeit im Zwielficht – Zwischen Staatssicherheit und Antifaschismus*, Bonn 1999, S. 166-197.

Koller, »Der Einsatz für die Menschenrechte im KSZE-Prozess« aaO., (FN 16), S. 310.

18 Siegfried Stuffer, »The Alto Adige-Question – Der Südtirol-Konflikt aus der Sicht der USA« in: Elisabeth Baumgartner, / Hans Mayr, / Gerhard Mumelter, (Hg.), *Feuernacht – Südtirols Bombenjahre. Ein zeitgeschichtliches Lesebuch*, Bozen 1995, S. 335.

handelsinteressen zu ermöglichen.¹⁹ Ein Adressat war Italien: Dies belegt eine Vorlage des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR für die Außenpolitische Kommission im Zentralkomitee der SED. In der »Außenpolitischen Direktive zur weiteren Entwicklung der Beziehungen mit Italien« vom 19. Februar 1964, in der detailliert eine PR-Offensive gegenüber Rom geplant wurde, heißt es wörtlich: »Ausgehend von den oben genannten Schwerpunkten in der Auslandsinformation, insbesondere über die Notwendigkeit der Propagierung der Friedenspolitik der DDR, und der Tatsache, dass die Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der DDR und Italien günstige Auswirkungen auf eine weitere Entspannung hat, ist auf die Gefährlichkeit der Revanchepolitik des westdeutschen Imperialismus, insbesondere auf die Gefahren, die sich aus der Politik der atomaren Aufrüstung ergeben, hinzuweisen.«²⁰

Seit 1978 gab es Begegnungen auf höchster diplomatischer Ebene zwischen Italien und der DDR: beginnend mit Außenministerbesuchen (Oskar Fischer 1978 in Rom und Emilio Colombo, DC, 1983 in Ost-Berlin), die im Besuch von Ministerpräsident Bettino Craxi (Partito Socialista Italiano, PSI) zusammen mit Colombos Nachfolger Giulio Andreotti (DC) im Juni 1984 in der DDR gipfelten. Italien war dann auch der erste NATO-Staat, der den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker schließlich im April 1985 einlud. Italien wollte damit seinen außenpolitischen Spielraum innerhalb des Bündnisses erweitern, in dem es selbständig Gespräche über Abrüstung führte. So heißt es denn auch in dem Vermerk vom 23. April 1985 über ein Gespräch zwischen DDR-Außenminister Oskar Fischer und seinem Counterpart Andreotti unter Mitwirkung von Politbüromitglied Hermann Axen über den italienischen Außenminister: »In diesem Zusammenhang bekräftigte er ausdrücklich das positive Herangehen Italiens an eine verbindliche Bekräftigung des Verzichts auf militärische Gewalt, der zugleich mit anderen vertrauensbildenden Maßnahmen kombiniert werden soll. Zum anderen sollten beide Staaten ihren Einfluß gegenüber der jeweiligen Führungsmacht des Bündnisses zugunsten konkreter Lösungen bei den Genfer Verhandlungen geltend machen.«²¹

Italien wollte seine außenpolitische Bedeutung ausbauen bei gleichzeitiger Beibehaltung des territorialen Status quo. Im September 1984 warf der damalige italienische Außenminister Giulio Andreotti der deutschen Politik Pangermanismus vor, da sie an der Wiedervereinigung als nationalem Ziel festhielt. Die Aufrechterhaltung der deutschen Doppelstaatlichkeit sei Voraussetzung des europäischen Gleichgewichtes. Erst nach Protesten des Auswärtigen Amtes in Bonn bog er seine Aussage um und erklärte, nicht die deutsch-deutsche Frage gemeint zu haben, sondern die

- 19 Peter Marsh, »Foreign policy making in the German Democratic Republic: the interplay of internal pressures and external dependence« in: Hannes Adomeit, / Robert Boardman, (Hg.), *Foreign policy making in Communist Countries*, Westmead/Farnborough/Hants. 1979, 79ff.
- 20 SAPMO-BArch, DY 30 / IV 2/2 115 Bd. 5, Bl. 159f (Bestand Außenpolitische Kommission).
- 21 SAPMO-BArch, DY 30 / IV 2/2. 035, Bd. 103, Bl. 13 (Büro Hermann Axen). Die Genfer Verhandlungen begannen am 30. November 1981 und drehten sich um die in Europa stationierten Mittelstreckenwaffen der Supermächte.

Bestrebungen zur Tiroler Landeseinheit, hinter denen sich Pangermanismus verberge. Das Jahr 1984 stand ganz im Zeichen des Gedenkens an den 175. Jahrestag des Tiroler Aufstands unter Andreas Hofer gegen Napoleon, das einige Südtiroler mittels demonstrativer Akte für die Forderung nach Selbstbestimmung nutzten. Gerade ein Jahr zuvor hatte sich eine Gruppe Selbstbestimmungsbefürworter aus der regierenden Südtiroler Volkspartei (SVP) herausgelöst, die noch um die Vervollkommnung der Autonomie zittern musste. Die Paketdurchführung war bereits Ende der siebziger Jahre ins Stocken geraten, zudem schränkten Reformgesetze des Staates die Autonomie ein und die ethnischen Spannungen hatten wieder zugenommen. Die politischen Aktivitäten der Selbstbestimmungsanhänger gipfelten im Innsbrucker Landesfestumzug vom 9. September 1984. »Der Landesfestumzug löst ein politisches Erdbeben aus: 35.000 sind aufmarschiert, an der Hofburg prangt ein Transparent mit der Aufschrift „Los von Rom“, Musikkapellen und Schützen haben das Motto „Ein Tirol“ gewählt, Selbstbestimmungsfahnen sind über die Straßen gezogen.«²² So schildert Hans Karl Peterlini die Ereignisse. Eduard Wallnöfer (ÖVP), Landeshauptmann des österreichischen Bundeslandes Tirol, sagte damals im österreichischen Sender ORF, mit dem Festumzug könne sich »die Weltöffentlichkeit über das Unrecht der Brennergrenze Klarheit verschaffen«.²³

Auf italienischer Seite wurde die Parallele zwischen der Teilung Tirols und der Deutschlands deutlich wahrgenommen. Im Umkehrschluss ergab sich daraus wiederum die Parallele zwischen den Interessen Italiens und der DDR über den Eisernen Vorhang hinweg. So lässt sich die These formulieren: Die vom mehrfachen italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti im Zusammenhang mit dem deutschen Wiedervereinigungsziel beschworene Pangermanismusgefahr konnte von Italien wie von der DDR in Tirol exemplarisch und propagandistisch verdeutlicht und als Bestätigung der jeweils eigenen Position aufgezeigt werden. In diesem Zusammenhang sei noch an jüngere Beispiele erinnert: Eine Äußerung des vormaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl (CDU) sowie eine Stellungnahme im selben Sinne seines Finanzministers Theo Waigel (CSU) zur Schaffung einer grenzüberschreitenden Europaregion Tirol hatte noch 1993 eine italienische Protestnote provoziert. Das lässt den Schluss zu, dass der Herd der von Italien instrumentalisierten Gefahr des Pangermanismus vor allem auch in der Bundesrepublik vermutet wurde.

Der Autor Hans Karl Peterlini liefert in seinem Buch »Bomben aus zweiter Hand« Hinweise darauf, dass italienische Dienste während der Paketverhandlungen in den achtziger Jahren eine Atmosphäre der Spannung erzeugten, um jegliche Forderung nach Selbstbestimmung und Landeseinheit Tirols als rechtsextremistisch oder gar rechtsterroristisch zu diskreditieren. Im Jahr 1990 deckte der venezianische Untersuchungsrichter Felice Casson auf, dass für ein Attentat, das ursprünglich linken Attentätern zugeschrieben wurde, in Wirklichkeit rechte Kreise verantwortlich waren. Dabei handelte es sich um das sogenannte Blutbad von Peteano bei Triest im Jahr 1972, bei dem drei Carabinieri durch eine Autobombe ums Leben kamen. Cas-

22 Hans Karl Peterlini, *Bomben aus zweiter Hand – zwischen Gladio und Stasi: Südtirols missbrauchter Terrorismus*, Bozen 1993, S. 72.

23 Peterlini, *Bomben aus zweiter Hand – zwischen Gladio und Stasi*, aaO. (FN 22), S. 72.

son ging der neuen Spur nach und stieß auf eine geheime Struktur, der im historischen Überblick dieses Aufsatzes bereits erwähnte Nachrichtendienst Gladio.²⁴ Der Geheimdienst war zunächst unter Einfluss der amerikanischen CIA (Central Intelligence Agency) zur Abwehr der kommunistischen Gefahr Anfang der fünfziger Jahre gegründet worden. Italienische Regierungen setzten ihn jedoch nachweislich gegen innenpolitische Gegner ein. Verschiedenen Aussagen und Hinweisen zufolge sollte auch in Südtirol ein spannungsreiches Klima erzeugt werden. Ein italienischer Polizei-Oberst, Amos Spiazzi, sagte 1990 im italienischen Fernsehen RAI, dass er bereits in den sechziger Jahren zwei Carabinieri dabei erwischte habe, wie sie einen Anschlag vorbereiteten. Andere Carabinieri hätten ihm dann die beiden Gefangenen abgenommen und am nächsten Tag sei er versetzt worden.²⁵ Zudem schreibt der ehemalige österreichische Südtirol-Aktivist Erhard Hartung: »Während der 60er Jahre hatte es eine Reihe von Anschlägen gegeben, zu denen sich die Südtiroler Freiheitskämpfer nie bekannt haben, ja, von denen sie sich distanziert hatten und noch heute distanzieren.«²⁶ Eine parlamentarische Untersuchungskommission über den Terrorismus in Südtirol führte im Jahr 1991 den Beweis, dass italienische Geheimdienste bereits in den 60er Jahren Einfluss auf das Gewaltgeschehen nahmen.²⁷

Der eingangs erwähnte Südtiroler Attentäter Georg Klotz suchte nicht nur Geld und Waffen, sondern vor allem auch Mitkämpfer für seine Überfälle. So nahm er auch Christian Kerbler in seinen Kreis auf, nach eigenen Angaben freischaffender Journalist. Die parlamentarische Untersuchungskommission des Senators Marco Boato (Verdi) in Rom stellte drei Jahrzehnte später fest, dass der Mann ein italienischer Geheimagent war. Kerbler erhielt zusammen mit seinem Bruder Franz Geld aus einem eigenen Fond des italienischen Innenministeriums. Dafür lieferten die Zwei Berichte und Fotomaterial über die Attentäter-Szene. Christian Kerbler schoss im September 1964 in der Nacht auf Klotz und dessen Weggefährten Luis Amplatz, als diese heimlich über die Grenze nach Südtirol gekommen waren. Klotz' Kamerad war sofort tot, er selbst schleppte sich schwerverletzt über die Berge nach Nordtirol. Bei den Gewaltakten, bei denen östliche Geheimdienste mitmischen wollten, waren italienische Agenten also nachweislich aktiv beteiligt. Interessant ist auch hierbei der propagandistische Mitnahmeeffekt: Der Mailänder Illustrierten »L'Europeo« vermittelte Kerbler ein Interview mit Georg Klotz im Exil und lancierte dabei die Falschbehauptung, der Befreiungsausschuss für Südtirol habe eine »Terroristenschule« in den »bayerischen Alpen« unterhalten. Nachdem der Artikel

24 Peterlini, *Bomben aus zweiter Hand – zwischen Gladio und Stasi*, aaO. (FN 22), S. 12.

25 Peterlini, *Bomben aus zweiter Hand – zwischen Gladio und Stasi*, aaO. (FN 22), S. 22. Siehe auch Dario N. Azzellini, »Gladio in Italien«, in: Jens Mecklenburg, *Gladio. Die geheime Terrororganisation der NATO*, Berlin 1997, S. 23-47.

26 Hartung, »Südtiroler Freiheitskampf – als Österreicher im Dienst der Sache« in: Sepp Mitterhofer u.a. (Hg.), *Es blieb kein anderer Weg*, aaO. (FN 2), S. 291.

27 Commissione parlamentare d'inchiesta sul terrorismo in Italia e sulle cause della mancata individuazione dei responsabili delle stragi. *Relazione preliminare su episodi relativi all'attività di corpi militari, di polizia o di sicurezza dello stato in connessione con le vicende del terrorismo in Alto Adige/ Südtirol*, Rom 1991.

im Februar 1964 erschienen war, waren München und Bonn entsprechend mit Dementis beschäftigt.²⁸

Die DDR-Interessen trafen sich in Südtirol teilweise mit italienischen Interessen. So erhoben beide, Rom und Ost-Berlin, den Vorwurf des Pangermanismus²⁹ gegen die Bundesrepublik Deutschland. Die parallelen Interessen führten in einzelnen Fällen zu einer indirekten Zusammenarbeit. So lässt sich den Stasi-Akten entnehmen, dass als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) Doppel- bzw. Mehrfachagenten, die auch für einen italienischen Dienst tätig waren, eingesetzt wurden. DDR-Propagandist Karl Eduard von Schnitzler behauptete bei einer internationalen Pressekonferenz 1964, der Friede in Europa sei in Gefahr, da in Westdeutschland Pangermanismus und Revanchismus derart erstarkt seien, dass nicht nur zu befürchten sei, dass »die DDR nach Vorstellung Bonner Militaristen gewaltsam befreit«, sondern auch »das Sudetenland und Südtirol heim ins Reich geholt« werde.³⁰

7. Agenten, Operative Vorgänge und Zielpersonen

Die Pressekonferenz fand aus Anlass der Verurteilung Herbert Kühns statt. Das Oberste Gericht der DDR verurteilte im Februar 1964, im selben Monat also, in dem der oben erwähnte »L'Europeo«-Artikel erschien, den damals 22-jährigen Gelegenheitsarbeiter aus Essen (Nordrhein-Westfalen) zu lebenslanger Haft.³¹ Nach einem Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit kamen die Richter zu dem Schluss, Kühn habe drei Sprengstoffanschläge verübt, darunter auf den Bahnhof in Verona und das Rote Rathaus in Berlin. Als Westdeutscher mit Kontakten nach Südtirol und zu konservativen sowie rechtsextremen Kreisen, erfüllte er das ideale Täterprofil für die DDR-Propaganda. Der Wortlaut des Kühn-Urteils wurde im März 1964 in voller Länge in der DDR-Fachzeitschrift »Neue Justiz« veröffentlicht. Einen Monat zuvor hatte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) in Ost-Berlin einen detaillierten Plan für eine neue Außenpolitik gegenüber Italien erstellt, demzufolge Bonn in Rom der Revanchepolitik und des Imperia-

28 Klotz, Georg Klotz. *Freiheitskämpfer für die Einheit Tirols*, aaO. (FN 3), S. 169-175.

29 Pangermanismus: Im späten 19. Jahrhundert im englischen und französischen Raum entstandenes Schlagwort für das Streben nach der Sammlung deutscher Volksgruppen. Tatsächlich hatte der P. nur wenige Anhänger. Seine Argumentation war, dass die Germanen wegen ihrer gemeinsamen Stammeszugehörigkeit sich gegen die Bedrohung der Slawen verbünden müssten.

30 Hartung, »Südtiroler Freiheitskampf – als Österreicher im Dienst der Sache« in: Sepp Mitterhofer u.a. (Hg.), *Es blieb kein anderer Weg*, aaO. (FN 2), S. 290.

31 Wegen der politischen Bedeutung des Prozesses ist davon auszugehen, dass das Verfahren rechtsstaatlichen Maßstäben nicht gerecht wurde. Bislang konnte die Rolle Kühns in Südtirols heißen Jahren historisch nicht geklärt werden. Auch ein Gerichtsverfahren im Jahr 1980 in Köln wegen des Anschlags auf den Bahnhof in Verona, vier Jahre nach dem Freikauf Kühns aus der DDR-Haft, brachte kein Licht ins Dunkel. Der Bundesgerichtshof hob das diesbezügliche Urteil gegen die Mitangeklagten Kühns auf und nannte dabei 35 Revisionsgründe. Für Kühn kam die BGH-Entscheidung zu spät: Er hatte, als einziger Angeklagter nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, das erste Urteil bereits angenommen und damit dessen Rechtskraft in seinem Fall herbei geführt.

lismus bezichtigt werden sollte. So verwundert es wenig, wenn die DDR-Richter in der Urteilsbegründung die westdeutsche Regierung für die Gewalttaten moralisch mitverantwortlich machen: »Unter den in Westberlin und Westdeutschland bestehenden politischen Verhältnissen entwickelte er sich vom jugendlichen Abenteurer zu einem gefährlichen rechtsextremistischen Neofaschisten. Durch seinen Vater, einen ehemaligen Amtsleiter der Nazi-Partei, und durch Lehrer, die ihm als ehemalige Offiziere der faschistischen Wehrmacht unter anderem auch Geschichtsunterricht erteilten, wurde ihm ein politisches Bild vermittelt, das Kapitalismus und selbst Faschismus in rosigen Farben erscheinen ließ.«³²

Bei der Lektüre der Stasi-Akten zu den Südtirolattentaten fällt das Interesse der DDR-Staatssicherheit und Justiz an bislang ungeklärten Gewaltakten, bis in die Details, auf. So werden in einem Dossier über den Befreiungsausschuss Südtirol fast ausschließlich bislang unaufgeklärte oder vereitelte Anschläge aufgelistet.³³ Die Liste beginnt mit dem Attentat vom 20. Oktober 1962 im Bahnhof von Verona, bei dem Herbert Kühn dabei gewesen sein soll. Sie hängen die Tat dem Befreiungsausschuss für Südtirol an. In der Akte heißt es wörtlich: »Am 19. Oktober 1962 gaben die Attentäter in der Gepäckaufbewahrung des Bahnhofes in Verona einen Koffer ab. Er enthielt 10 Kilo Sprengstoff sowie einen Kunststoff-Kanister mit 10 Liter Benzin-Öl-Gemisch, das dazu bestimmt war, neben der Explosion noch einen Brand auszulösen. Der Zündmechanismus wurde auf etwa 3.00 Uhr nachts eingestellt. Am gleichen Tage gaben die Täter in der Gepäckaufbewahrung des Bahnhofes von Trient eine Reisetasche ab. Sie hatte den gleichen Inhalt mit Zeitzundermechanismus. Diese Anschläge auf den Bahnhöfen verletzten über 20 Personen zum Teil lebensgefährlich und eine Person wurde getötet. Es entstand beträchtlicher Sachschaden.«

Die DDR zog also nachweisbar propagandistischen Nutzen aus Terrorakten. Genau wie die italienischen Behörden erhob sie den Vorwurf des Pangermanismus gegen die Aktivisten vom Befreiungsausschuss. Damit arbeitete sie letztlich auch Italiens Alt-Faschisten zu: Wie bereits im historischen Überblick am Anfang aufgezeigt, stärkte die Mär vom Pangermanismus die Zustimmung der italienischen Wähler zur postfaschistischen Partei MSI. Der selbsterklärte Anti-Faschismus der DDR wurde somit aus pragmatischen Gründen ausgehöhlt.

Die meisten Akten der Hauptverwaltung Aufklärung, dem Auslandsgeheimdienst der DDR, kamen nach der Wende in den Schredder. Damit gingen möglicherweise Dokumente verloren, die über die oben dargelegte Nutzung für Agitprop-Zwecke eine Mitwisserschaft oder Mittäterschaft der Stasi in Terrorakte südlich des Brenners belegen können. Schon lange vor Öffnung der Stasi-Akten gab es aber Hinweise auf eine mögliche Verstrickung östlicher Geheimdienste in Südtiroler Attentate. Leider blieb es bislang bei diesen Indizien. Im Jahr 1976 bereits sagte der in den Westen übergelaufene tschechische Geheimdienstmajor Josef Frolik in einem Interview mit dem ZDF aus, einer seiner Männer habe 1956 im Auftrag Mos-

32 »Urteil des Obersten Gerichts gegen den Terroristen Kühn« in: *Neue Justiz* 18, Nr. 6 (1964), S. 179.

33 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-HA XXII, Nr. 5529/5, Bl. 1ff.

kaus erste Attentate in Südtirol verübt. In der Tat hat es zu der Zeit Anschläge gegeben, deren Hintergründe und Täter nie entdeckt wurden. Nach Aussagen von Eva Klotz, der Tochter und Biographin des Südtirolattentäters Georg Klotz, hatte der tschechische Geheimdienst mit ihrem Vater in den 60er Jahren Kontakt aufgenommen. Darüber hinaus soll es ein »Angebot« der Sowjets an ihn gegeben haben, seine Aktivitäten zu unterstützen, das er aus ideologischen Gründen ausgeschlagen habe.³⁴ Es war naheliegend, dass unter den östlichen Diensten, die in Südtirol präsent sein sollten, auch die Stasi war, fiel in diesem Fall doch die Sprachbarriere weg.

Die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in den achtziger Jahren in Südtirol lassen sich bislang durch zwei Aktenvorgänge belegen. Aus diesen Vorgängen ergibt sich, dass die Spitzelbehörde auch Mitwiserin von Attentaten war. Es sind dies die Vorgänge mit Berichten des in Mannheim geborenen Herbert Hegewald und des Peter Weinmann aus Bonn.³⁵ Beide waren Mehrfachagenten und gegen beide endeten Ermittlungsverfahren deutscher Staatsanwaltschaften wegen geheimdienstlicher Tätigkeit glimpflich. Hegewald war einer der Komplizen der Terrorgruppe »Ein Tirol« um Karl Außerer und Karl Zwischenbrugger, die in den achtziger Jahren ihr Unwesen trieb. Wie oben aufgeführt, erhielt sie Rückendeckung durch italienische Dienste und erreichte das Gegenteil von dem, was sie zu verfolgen vorgab. Hegewald spielte da laut Peterlini die Rolle eines Agent Provocateur. Der dreifache Agent war zudem in der rechtsextremistischen Szene in Deutschland als V-Mann unterwegs. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Wehrsportgruppe Hoffmann³⁶, um nur zwei zu nennen, waren seine Betätigungs- und Ermittlungsfelder. Auch unter dem Vorwand, als Journalist zu recherchieren, gelangte der Mann an viele vertrauliche Informationen in Südtirol. Seine vielschichtigen Aktivitäten brachten wieder zwei Dinge zusammen, die rechte Szene in der Bundesrepublik Deutschland und das Milieu der Selbstbestimmungsbefürworter in Südtirol. Letzteres sollte ja offenbar durch die Attentate diskreditiert werden. Aufgrund der Aktivitäten des deutschen Bundesbürgers konnte zudem wieder der Verdacht des Pangermanismus genährt werden. Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe hatte zwar 1993 ein Verfahren wegen des Verdachts der terroristischen Betätigung gegen ihn eingestellt, jedoch fand sich in seiner Stasi-Akte ein Hinweis darauf, dass er im September oder Oktober 1988 mit Karl Außerer Sprengstoff transportiert hat. Das gab Hegewald gegenüber seinem Stasi-Führungsoffizier zu. Kurz darauf, Anfang Oktober 1988, gab es dann tatsächlich eine Atten-

34 Hans Mayr, »Wir hätten auch den Klotz erfunden. Die Umtriebe der Geheimdienste in Südtirol«, in: Baumgartner, / Mayr, / Mumelter, (Hg.), *Feuernacht - Südtirols Bombenjahre. Ein zeitgeschichtliches Lesebuch*, aaO. (FN 18), S. 310.

35 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS AIM 868/91, Teil 1, Bd. 1 (Akte Hegewald).
BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS AIM 4691/91, Bd. 1 bis 4 (Akte Weinmann).

36 Die Gruppe wurde 1973 von Karl-Heinz Hoffmann begründet und diente ähnlichen Gruppen zum Vorbild, darunter der Wehrsportgruppe Werwolf von Michael Kühnen von der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten, als deutscher Zweig der NSDAP/AO. Die Wehrsportgruppe Hoffmann wurde 1980 verboten. Sie ist verantwortlich für den Mord am jüdischen Verleger Shlomo Levin und seiner Lebensgefährtin, sowie für den Anschlag auf das Münchner Oktoberfest von 1980.

tatsserie in Südtirol. Die Stasi wusste demnach vom terroristischen Hintergrund ihres Inoffiziellen Mitarbeiters (IM) und nahm diesen bewusst in Kauf. Hegewalds Geständnisse fielen bei der Beurteilung seiner Person durch den Stasi-Apparat nicht einmal negativ ins Gewicht. Die Akte über Hegewald beginnt erst mit dem Jahr 1985. Sie enthält jedoch einen Hinweis darauf, dass er bereits in den sechziger Jahren Kontakt zum MfS hatte. Damals unterhielt er Beziehungen zu Südtiroler Freiheitskämpfern. Angesichts dieser Indizien stellt sich auch die Frage nach der Mitverantwortung der Stasi an den Terrorwellen in den Sechzigern.

Der zweite Agent, der nachweislich in Südtirol eingesetzt war, war Peter Weinmann, der seine Tätigkeit für mehrere Seiten später öffentlich bekannte.³⁷ Er arbeitete, wie Hegewald, als Journalist getarnt, verdiente seinen Unterhalt aber vor allem als Mehrfachagent, für West- und Ostdeutschland sowie für die Italiener, als Informant und als Agent Provocateur. Weinmann war vielen rechtsextremistischen, aber auch konservativen Gruppierungen und Einzelpersonen bekannt, zu denen er vor allem im Auftrag des Bundesamtes für Verfassungsschutz seit 1969 unter dem Decknamen »Werner« Kontakt pflegte. Gegenüber der Stasi hatte er seine Arbeit für den Verfassungsschutz sowie für die politische Polizei Italiens offengelegt. »Fast die ganze Woche« sei er für den Kölner Inlandsgeheimdienst unterwegs, gab er gegenüber den MfS-Mitarbeitern an. Die DDR-Staatssicherheit stellte anfangs zur Einstufung der Person Weinmanns eine Liste seiner rechten Kontakte zusammen. Darunter waren bekannte Neonazis wie Michael Kühnen und Friedhelm Busse. Letzterer war Bundesvorsitzender der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)³⁸, in der sich Kühnens Anhänger nach dem Verbot von dessen NSDAP/AO-Zweigs Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/ NA) ab 1984 sammelten. Er unterhielt zudem Beziehungen zur Wehrsportgruppe Hoffmann, zur Nationalistischen Front³⁹, zur Wiking-Jugend⁴⁰, der NPD und den Republikanern. Er besuchte Veranstaltungen der Deutschen Volksunion (DVU), darunter die Verleihung des Andreas-Hofer-Preises am 18. September 1988 in Passau, wo er für die italienischen Sicherheitskräfte auch Südtiroler Schützen beobachtete. Weinmann schrieb Artikel für diverse Publikationen aus dem rechten Milieu.⁴¹ Am 29. März 1989 brüstete er sich sogar gegenüber der Stasi mit seinen vielfältigen extremistischen Kontakten: »So telefoniere ich ungeniert von meiner Wohnung aus

37 »Peter Weinmann – Ein Spitzel für alle Fälle« in: *Tiroler*, Nr. 42 (1994). In dieser Dokumentation des Tiroler ist eine Darstellung über Weinmann vollständig wiedergegeben, die dieser anlässlich seines Prozesses vor dem Staatsschutzsenat des OLG in Koblenz im Februar 1994 verteilt hatte. Der 1946 im Kreis Schwäbisch Hall geborene Weinmann wurde zu einer Haftstrafe von neun Monaten, zur Bewährung ausgesetzt, verurteilt.

38 Die FAP wurde 1979 gegründet und 1995 verboten.

39 Die NF wurde 1985 gegründet und 1992 verboten. Ihr Ziel liegt in der Rekrutierung und Konditionierung von nationalistischen Führungskräften.

40 Zum Zeitpunkt ihres Verbots 1994 war die »Wiking Jugend« mit rund 400 Mitgliedern die stärkste neonazistische Jugendorganisation. Nach dem Verbot durch das Bundesministerium des Innern fanden deren Mitglieder Aufnahme in der Jugendorganisation der NPD, den Jungen Nationaldemokraten (JN).

41 Türmer-Verlag, Nation Europa, Grabert-Verlag, NPD-Verlag »Deutsche Stimme«

mit Leuten wie Busse, Vorsatz u.s.w., wo ja sicher ist, daß von diesen und auch anderen Leuten die Telefone permanent abgehört werden.«

Der Fleiß lohnte sich, konnte der gelernte Friseur und Bademeister mit Polizeierfahrung durch seine vielschichtigen Kontakte doch ab 1976 mit fast täglichen Telefonaten noch eine weitere Einnahmequelle unter dem Decknamen »Sigmund« bei der politischen Polizei Italiens, im folgenden Digos genannt, erschließen. Eigenen Angaben zufolge arbeitete er auch noch für den italienischen Geheimdienst SISMI, der dem Verteidigungsministerium unterstellt ist.⁴² Die italienischen Polizeibeamten interessierten sich für die Südtirolkontakte Konservativer und Rechtsextremer aus Deutschland, wozu beide Seiten observiert werden sollten. Dabei waren die Verbindungen der DVU und der Republikaner ebenso interessant wie die Standpunkte bayerischer Landtagsabgeordneter zur Südtirolfrage und die Person des Südtirolatentäters aus den sechziger Jahren, Peter Kienesberger, und dessen Wohnort. Kienesberger hatte den Gewaltakten zwar öffentlich abgeschworen, Weinmann sollte dennoch eine Lageskizze dessen Hauses in Nürnberg anfertigen. Das war ein zweifelhaftes Unterfangen, sollte Kienesberger doch um 1979/1980 gewaltsam im Geheimdienstauftrag nach Italien gebracht werden. »Tot oder lebendig« wollten ihn die SISMI-Leute, wie im Zuge der Gladio-Ermittlungen herauskam.⁴³ Der Agent besuchte den einstigen Südtirolaktivisten dann noch im Jahr 1988. Bei der Gelegenheit empfahl dieser dem Besucher das Gasthaus Weinländer zur Übernachtung, um ihn nicht zu sich einladen zu müssen, wie er später angab. In einem Bericht der politischen Polizei Bozens, der kurze Zeit nach Weinmanns Nürnberg-Reise der Quästur (Polizeipräsidium) vorlag, wurde Kienesberger bezichtigt, eine Werkstatt in seinem Haus zu haben, die sich »zur Herstellung von für die in der Provinz Bozen verübten und im anliegenden Polizeibericht aufgezählten Terroranschläge identischen Sprengkörpern eignet.« Damit wurde offenbar bewusst eine falsche Spur gelegt, um den Verdacht zu schüren, ehemalige Südtirol-Aktivisten der sechziger Jahre seien in die Anschläge der achtziger Jahre verwickelt. In dem Report steht darüber hinaus ein entlarvender Satz: »Außerdem quartiert Peter Kienesberger seine Südtiroler Freunde, die zu ihm auf Besuch kommen, bei der Pension „Weinländer“ in Nürnberg ... ein.« Der ehemalige Südtirol-Aktivist hatte nach eigener Aussage in den vorausgegangenen zehn Jahren nur Weinmann dieses Gasthaus empfohlen.⁴⁴

Der Agent war, wie sich aus seiner fast 800 Seiten starken Stasi-Akte entnehmen lässt, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre als »Rolf Römer« für das Ministerium für Staatssicherheit in Ost-Berlin tätig. Er hatte seine Dienste im August 1984 während einer DDR-Reise selbst angeboten. Der DDR-Geheimdienst wollte von

42 »Peter Weinmann – Ein Spitzel für alle Fälle« in: *Tiroler*, Nr. 42 (1994), S. 3. Angeblich sollte Weinmann im August 1984 für den SISMI SS20-Raketenbasen in der DDR orten. Angesichts des in diesem Aufsatz beschriebenen Gesprächs über Bemühungen zur Abrüstung von Mittelstreckenwaffen vom 23. April 1985 ist diese Behauptung zumindest plausibel.

43 »Spion aus Leidenschaft – Die unaufhaltsame Karriere des Mehrfachagenten Peter Weinmann« in: *Spiegel* Nr. 7 (1994), S. 40.

Peterlini, *Bomben aus zweiter Hand – zwischen Gladio und Stasi*, aaO. (FN 22), S. 64.

44 Peterlini, *Bomben aus zweiter Hand – zwischen Gladio und Stasi*, aaO. (FN 22), S. 308.

ihm in der Folge vor allem wissen, worauf ihn die Digos, die politische Polizei in Bozen, angesetzt hatte und zu welchen Ergebnissen er dabei gekommen war. Aus dem vorliegenden Aktenkonvolut erfährt der Leser denn auch reichlich über die Aktivitäten Weinmann für die westlichen Dienste. Die Stasi war demnach Zweitverwerter von vertraulichen Informationen über rechtsextreme, konservative oder anti-kommunistische Kreise in der Bundesrepublik und ihre Kontakte nach Südtirol. Ein wichtiges Dokument befindet sich im vierten Band. Es ist der bereits zitierte Bericht, in dem Weinmann am 15. Dezember 1988 eine ausführliche Analyse der politischen Situation Südtirols abliefern, mit detaillierter Beschreibung der jeweiligen Interessenlage. Darin zeigt er sich wieder bemüht, Verbindungen herzustellen, die für sein nachrichtendienstliches Gegenüber von Interesse sein mussten, in dem er über die Kontakte der Selbstbestimmungsbefürworter Südtirols schreibt: »Und ein anderer Umgang mit ausländischen Helfern zeichnet sich dadurch jetzt schon ab. Waren früher Nordtiroler und bayrische Schützeneinheiten die Ansprechpartner, so sind es heute österreichische und deutsche Politiker. Es stellt sich also die Frage, welche Rolle die BRD und Österreich im Südtirolkonflikt spielen, welche Organisationen und Einzelkräfte sich um das Südtirolproblem kümmern und wie präsent diese in der BRD, in Österreich bzw. in Südtirol sind.«⁴⁵ Weinmann hatte zudem offenbar kein Problem damit, CSU-Politiker als Sympathisanten des Rechtsextremismus darzustellen. So behauptete er am 19. November 1986 gegenüber der Stasi ohne dies zu belegen, der CSU-Landtagsabgeordnete Alois Glück⁴⁶ habe Kontakte zum rechtsextremistischen Verleger Gert Sudholt⁴⁷ einerseits und zum Andreas-Hofer-Bund andererseits unterhalten, in dem sich die deutschen Freunde des Südtiroler Selbstbestimmungsmilieus sammelten. Daraus lässt sich ein immer wiederkehrendes Muster in der Arbeit dieses Mannes ableiten: Konservative Demokraten werden mit Extremisten in einen Zusammenhang gebracht, um Erstere zu diskreditieren. So versuchte Weinmann auch, Südtiroler Politiker ins rechte und damit schlechte Licht zu rücken. Ein beliebter Weg zu diesem Ziel war, schriftliche oder mündliche Äußerungen der Betroffenen in rechtsradikalen Publikationen wie die der NPD oder der Republikaner zu lancieren. Die Diskreditierung war eine Methode, die sich, wie bereits aufgezeigt, beiderseits des Eisernen Vorhangs bewährt hatte, in Rom und Bozen genauso wie in Ost-Berlin. Davon war zum Beispiel der Landtagsabgeordnete der Südtiroler Volkspartei, Franz Pahl, betroffen. Mitte der achtziger Jahre gab er Weinmann nichts ahnend ein Interview, das dieser dann Jahre später, ohne dessen Einverständnis eingeholt zu haben, in der Republikaner-Zeitschrift »Europa vorn« veröffentlichte. In einem Bericht vom 15. November 1988,

45 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS AIM 4691/91,4, Bl. 266.

46 Alois Glück (CSU) ist seit 1970 Mitglied des bayerischen Landtags. Von 1988 bis 2003 war er Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion und seitdem ist er Landtagspräsident.

47 Im Januar 1999 wurde Sudholt vom Schöffengericht Starnberg wegen Volksverhetzung zu vier Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 4.000 DM verurteilt. Er ist Eigentümer der Verlagsgemeinschaft Berg (VGB), unter deren Dach drei rechtsextremistische Verlage arbeiten: Der Türmer-Verlag, der Vowinkel-Verlag und der Druffel-Verlag, die schon seit Jahren in deutschen Verfassungsschutzberichten erwähnt werden.

für das MfS in Ost-Berlin geschrieben, fasste er dann zusammen: »Hier ist die Interessenlage ziemlich klar. Möglichst konkrete Verwirklichung der Autonomie, ein klares Ja zur Schutzmachtfunktion Österreichs, bis hin zum Zusammenschluss im föderativen Sinne mit Nordtirol. In diesem Sinne agiert auch der „SVP“-Abgeordnete Dr. Franz Pahl, von dem einige bemerkenswerte Interviews bzw. auch Aufsätze zu diesem Komplex vorliegen.«⁴⁸

Offenbar wählte Weinmann trotz anderslautender Berichte die Täter der 80er Jahre selbst nicht im Milieu von Selbstbestimmungsbefürwortern und sonstigen Konservativen. In einem Bericht vom 15. Dezember 1988 für die Stasi schreibt er jedenfalls: »Es spricht wirklich nicht viel dafür, dass rechtsextremistische Kräfte aus Südtirol diese Sprengstoffanschläge verübt haben, aber auch nur eventuell Rechtsextremisten aus Österreich oder evtl. aus Deutschland. Dazu eine Erklärung: Nach jedem Sprengstoffanschlag mutmaßten rechtsextremistische italienische Kräfte und die Polizei und der Geheimdienst, diese Spuren würden nach Innsbruck führen, ohne dabei genaue Daten anzugeben. Und interessanterweise wurden sog. Bekenner schreiben mit der Aufschrift „Für ein Tirol“ bei den Postämtern in Innsbruck und Nürnberg aufgegeben, in einem Fall auch in München.« Weinmann neigte eher der These zu, die italienischen Dienste hätten selbst die Finger im Spiel. Trotzdem lenkte er den Verdacht auf die von der italienischen Polizei gescholtenen Kreise von Selbstbestimmungsbefürwortern. Weinmanns eigenen Angaben zufolge hat er noch 1992, als die Behörden in Deutschland bereits wegen seiner Stasi-Tätigkeit ermittelten, einen Auftrag von einem italienischen Geheimdienst erhalten.

Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die DDR-Staatssicherheit vor allem aus propagandistischen Gründen in Südtirol mitmischte. Den Krisenherd anzuheizen, das war im Sinne der Freunde in Moskau. Die Bundesrepublik mit vermeintlich rechtsradikalen Gewaltakten in Zusammenhang zu bringen, das diente einem ureigenen Ziel: Die internationale Anerkennung als ersten antifaschistischen deutschen Staat. Die Wahrnehmung der Westdeutschen und der Südtiroler jeweils in Rom und Ost-Berlin prägten Informanten und Agents Provocateurs so, wie sie die jeweilige Zentrale sehen wollte. Die Stasi konnte dabei mit ihrer Propaganda auf einen fahrenden Zug aufspringen: Die Polizei und die Presse in Italien bezeichneten wahrheitswidrig die Mitglieder des Befreiungsausschuss als Nazis, bezichtigten sie des Pangermanismus.

Besonders deutlich zeigt sich das zumindest stillschweigende Zusammengehen über den Eisernen Vorhang hinweg im Jahr 1964, als das Kühn-Urteil in der »Neuen Justiz« kurz nach dem Artikel über die angebliche Terroristenschule in Bayern in der Illustrierten »L'Europeo« veröffentlicht wurde, beides wiederum in zeitlicher Nähe zur MfAA-Direktive über Maßnahmen zur DDR-Öffentlichkeitsarbeit in Italien. Ab 1978 gab es eine Annäherung, an der sich auch die italienische Seite zu-

48 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS AIM 4691/91,4, Bl. 267.

nehmend interessiert zeigte und die in der Einladung aus Rom an Erich Honecker gipfelte, der ein halbes Jahr zuvor der Pangermanismus-Vorwurf Giulio Andreotti vorausgegangen war. Der Antipangermanismus war fast so etwas wie eine gemeinsame ideologische Basis für die Zusammenarbeit, auch wenn äußerst rechte Elemente in Italien an dem Mythos mitstrickten. Die DDR schreckte aber vor keinem Kooperationspartner zurück, wenn er nur dazu beitragen konnte, ihren Handlungsspielraum zu erweitern.

Summary

It was mainly for propagandistic reasons that the Staatssicherheit of the GDR interfered in South Tyrol. Aggravating the crisis was in conformance with the interests of the friends in Moscow. Putting the Federal Republic of Germany in the context of real or pretended right extreme violence served to pursue an original aim - to gain the international acknowledgement as the first anti-fascist German state. Informants and agents provocateurs formed the view on West Germans and South Tyrolians in Rome and East Berlin in the very way the respective centre wanted to see them. The propaganda of the Stasi could jump on a running band-waggon. Both, Italian politicians and Italian media designated the members of the Befreiungsausschuss as Nazis contrary to the facts and reproached them with pangermanism.

The taciturn go-together beyond the Iron Curtain becomes particularly obvious in the year 1964, when the Kühn verdict was published by the law magazine »Neue Justiz« shortly after the publication of the article on the pretended terrorist training centre in Bavaria by the magazine »L'Europeo«. These two publications were in temporal coincidence with the MfAA (ministry of foreign affairs)-directive on measures concerning GDR's public relations in Italy. From 1978 on, there was a rapprochement in which the Italian side showed increasing interest. The latter climaxed in the invitation of Erich Honecker by Rome which was preceded by Giulio Andreotti's reproach of pangermanism six months before. Antipangermanism was almost something like a common ideology on which the cooperation was based, even though elements from the extreme right in Italy contributed to the creation of the myth. The GDR on the other hand, did not shrink from any cooperation partner, whoever it is, if only the partner contributes to an enlargement of Eastberlin's field of action.